

Antrag 2021/II/Bil/7

AfB

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Toleranz, Aufklärung und Gendergerechtigkeit an Hamburgs Schulen weiter stärken.

- 1 1. Die Förderung von Diversitätsbeauftragten an weiterführenden und berufsbildenden Schu-
- 2 le zu stärken. 2. Schulen sollen Geschlechts- und Namenseinträge in die Schulverwaltungs-
- 3 programme der BSB selbständig nach den Bedürfnissen betroffener Schüler*innen anpassen
- 4 können. 3. Eine Nutzung gendergerechter Sprache (durch Berücksichtigung des dritten Perso-
- 5 nenstandes „divers“ durch Gendersternchen oder – Gap) als eine Ausdrucksoption wird aus-
- 6 drücklich in Publikationen der Freien und Hanse-stadt Hamburg und auch insbesondere in
- 7 Schulen erlaubt. 4. Die Schaffung einer Ombudsstelle, die auch für Fragen geschlechtlicher und
- 8 sexueller Vielfalt in der Behörde für Schule und Berufsbildung zuständig ist.

9 Begründung

- 10 Toleranz, Aufklärung und Gendergerechtigkeit müssen auch weiterhin selbstverständliche As-
- 11 pekte der Schulkultur sein. Bereits beim letzten Landesparteitag wurde beschlossen, dass der
- 12 Senat aufgefordert wird, die Finanzierung des Aufklärungsprojekts „soorum“ langfristig sicher-
- 13 zustellen und den Stellenanteil bedarfsgerecht zu erweitern. Die inhaltliche Weiterentwick-
- 14 lung muss in enger Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut erfolgen.
- 15 Einige Schulen haben bereits Koordinationsstellen geschaffen, die das Thema Vielfalt deutlich
- 16 in den Vordergrund rücken, diese soll zukünftig weiter gestärkt werden. Die Gendergerechte
- 17 Sprache muss auch in den Sprachgebrauch der Hamburger Schulen Einzug finden. Sowohl in
- 18 den Schulverwaltungsprogrammen, als auch in den Publikationen. Das System der Ombuds-
- 19 stellen hat sich in den vergangenen Jahren in Hamburg bewährt. Daher ist auch notwendig,
- 20 für das Thema geschlechtlicher und sexueller Vielfalt eine entsprechende Stelle in der Behörde
- 21 für Schule und Berufsbildung zu schaffen.